

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachel- und Steinzeugindustrie, für Gipser, Puzer, Stukkateure, Isolierer, Fliesenleger, Steinholzer und Terrazzoarbeiter, Glaser, Ofenseher und Töpfer jeder Art

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 1500 Mark (ohne Bestellgeld). Bezugsbestellungen nur durch die Post

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 500 Mark für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet

Gemeinwirtschaftliches Denken.

Von Alfred Thiim, Bochum.

Immer klarer hebt sich für uns aus der Wirnis der Zeit die Erkenntnis heraus, daß die Bewegung der Sozialen Baubetriebe den bewußten Versuch darstellt, durch mühsames Ringen Schritt für Schritt das zu erreichen, was 1918/19 nicht gelang und infolge des Festhaltens einer Reihe unentbehrlicher Voraussetzungen damals auch nicht gelingen konnte, nämlich die Verwirklichung des Ideals und der Hoffnung, die sich in dem Schlagwort „Sozialisierung“ barg. Die starke Festung des Kapitals ließ sich nicht im Sturm nehmen. Nun wohlan, also Sappen und Laufgräben vorbereiten, unter Schweiß und Opfermühen auf Meter an Raum gewinnen, bis sie stürmisch wieder. Doch nein, mit Hurra lösen sich auch zum guten Ende die wirtschaftlichen Entwicklungen nicht. Das Bild vom militärischen Kampf paßt schlecht darauf. Unblutig, aber doch viel schwerer und ernster ist der Kampf, den wir kämpfen wollen. Es gehört weniger dazu, sich in ein paar Schlachten im Rausche der Begeisterung und der Massengeißel auf den Feind zu stürzen, als ein langes Leben hindurch mit treuer Hingabe, Ehrlichkeit und Liebeszeugungsstrenge für eine Idee so einzutreten, daß man durch Charakter und Leistungen jedem Gegner Achtung abzwängt. Nur auf solche Weise aber werden die in den Sozialen Baubetrieben tätigen Kollegen von der Hand- und Kopfarbeit diesen Betrieben auf die Dauer die Stellung und den Einfluß verschaffen, die sie vorbildlich auch für andere Zweige der Wirtschaft machen. Das ist ein langer Weg, und die wichtigste Etappe auf ihm ist die Durchdringung des einzelnen mit der Erkenntnis, daß die Arbeit in den Sozialen Baubetrieben der Arbeit wieder einen anderen Sinn gibt. Sie geschieht nicht mehr allein für den Arbeitenden oder für irgendwelche unbekanntenen Kapitalisten, die ihre Aktien an der Börse hin- und herschieben, sondern sie dient vor allem dem Bedarf, der Befriedigung der größten Volksnot, dem Mangel an Wohnungen; sie wird also wieder Selbstzweck, und dem fleißigen und tüchtigen Arbeiter wird die Freude an seinem Werk nicht mehr beeinträchtigt. Denn er weiß, die Liebesdienste, die sein Betrieb macht, bleiben dem Betrieb erhalten, machen ihn immer leistungsfähiger, sichern der Arbeiterschaft dadurch immer mehr eine dauernde Beschäftigung. Außerdem ermöglichen sie es, das Arbeitsverhältnis in jeder Hinsicht vorbildlich auszugestalten. Das kann aber, wie gesagt, nur erreicht werden durch die Hingabe der von der Notwendigkeit und dem Fortschritt der Gemeinwirtschaft völlig überzeugten Mitarbeiter dieser Betriebe. Opferwillige Hingabe und Liebeszeugung können hinwiederum nur aus dem festen Glauben an das Ziel herkommen, aus dem Glauben, daß es auch bessere Wirtschaftformen geben kann als die kapitalistische, aus dem Glauben, daß eine solche bessere Wirtschaft erreichbar ist durch Zusammenhalt und Aufklärung der Masse der Klassen- und Arbeitsgenossen. Es ist dazu eine innere Umstellung nötig, die schwer ist, weil der Arbeiter allzulange genötigt war, seine Arbeit allgemein nur in dauerndem Kampfe mit dem Besitzer der Produktionsmittel um den höheren Anteil an Arbeitsentgelt zu leisten. Er setzte seine Arbeitskraft auch nur dann voll ein, wenn der entsprechende Lohn winkte. Jetzt soll die volle Kraft herbeigegeben werden im Dienste einer Zukunft schaffenden Idee. Nur der Glaube an diese Zukunft kann das vollbringen.

Mer diesen Standpunkt feilt, wird mit einer gewissen Befriedigung die Nummern 1 und 2 der „Genossenschaftlichen Baupraxis“ dieses Jahrganges lesen. Dieses Monatsheft ist das Organ des Reichsverbandes deutscher Bauproduktionsgenossenschaften, bedeutet also für die Bewegung der von den christlichen Gewerkschaften geförderten Bauproduktionsgenossenschaften etwa das, was für unsere Bewegung die „Soziale Bauwirtschaft“ ist. Doch bringt der Unterschied der beiden Blätter in die Augen. Während die „Soziale Bauwirtschaft“ ihrem Namen entsprechend, mit ausgezeichneten wirtschaftlichen Tatsachenberichten, mit weitestgehenden betriebsorganisatorischen Arbeiten und die Betriebe zu befrachten, die Mitarbeiter in den Betrieben zu unterrichten, die Gegner abzuwehren, erfolgreich bestrebt ist, beschränkt sich die „Genossenschaftliche Baupraxis“, die auch in einem viel geringeren Umfange erscheint, fast ganz darauf, sich an die Genossen zu wenden und den genossen-

schaftlichen Fühlen und Denken eine solche Vertiefung zu geben, daß es ein unerschütterlich tragfähiges Fundament für die Bewegung wird.

Die ganze deutsche Geschichte von ihren Anfängen aus stellt wider von den Kämpfen Deutscher gegen Deutsche. Sie konnten niemals einzig sein, weil jeder seinen Kopf, seinen Standpunkt, seine Weltanschauung für sich hat. Das ist stets Deutschlands größtes politisches Unglück gewesen, und ist es auch heute noch im Großen und im Kleinen. Kommt etwas Neues Gutes auf, so dauert es nicht lange, bis es sich weltanschauungsgemäß gespalten hat. So sind wir auf Grund der tatsächlichen Entwicklung berechtigt, die Bewegung der christlichen Bauproduktionsgenossenschaften als eine solche Wülpflichkeit anzusehen. Wir werden aber beim Eindringen in die Ideen der christlichen Parallelbewegung anerkennen müssen, daß diese Trennung dazu führt, daß auch andere Kräfte erweckt werden können, die schließlich doch der Gesamtbewegung zugute kommen.

Die ersten Vorläufer der bewußt Sozialen Baubetriebe waren inflexible Betätigungen der Selbsthilfe. Erst allmählich sind Plan und Ordnung hineingekommen, und jetzt wird Stück für Stück die theoretische Begründung aus der Praxis herausgearbeitet. Diese Aufgaben haben die beiden genannten führenden Organe zu leisten, und in dem christlichen finden wir in den schon angezogenen Nummern die Zeitaufgabe „Vom Geiste unserer Bewegung“ und „Vom Willen unserer Bewegung“, die wir als wertvolle Stücke solcher Programmarbeit anerkennen müssen. Der Verfasser, Joseph Schulte, will im ersten Aufsatz die Genossenschaftsidee mit der christlichen Idee der Nächstenliebe erfüllen und zitiert den Bischof Ketteler: „Sobald die Genossen als Christen und im Geiste des Christentums zusammentreten, ist neben dem besondern Zweck der Genossenschaft ein höheres, ein geistigeres, ein höheres Band vorhanden, das die Glieder umfaßt und sie unbewußt wie eine Seelenkraft, die in ihnen wirkt, aus einer bloßen Genossenschaft zu einer inneren lebendigen Körperschaft umgestaltet.“ „Dementsprechend“, sagt er an anderer Stelle, „erscheint auch unsere Bewegung zufolge der ihr zugrunde liegenden sittlichen Idee als die Verwirklichung eines echten Katholizismus: In echt solidarischer Verbundenheit und christlicher Bruderschaft arbeitet Genosse neben Genosse, um der Wohnungsnot und allen dem daraus resultierenden Elend unserer Brüder und Schwestern draußen im Vaterland abzuhelfen. Und wie jede gute Tat ihren Lohn mit sich bringt, so auch hier: die selbstlose Nächstenliebe macht uns nicht bloß im Innern frei und zufriedener, sondern läßt gleichsam segnenpendend unsere ganze Bewegung mächtig emporschnellen.“

Im zweiten Aufsatz stellt er die Produktivbaugenossenschaft als Keimzelle einer neuen Wirtschaftsbildung dar, die er christliche Gemeinwirtschaft nennt und ähnlich erläutert, wie auch wir die von uns erstrebte Gemeinwirtschaft, nämlich als Bedarfsdeckungswirtschaft, in der der einzelne frei von dem die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnenden rücksichtslosen Gewinnstreben sein soll. Dabei kommt er zu dem grundsätzlichen Bekenntnis, daß die ganze Wirtschaftsauffassung des Kapitalismus dem Geiste des Christentums geradezu ins Gesicht schlägt.

Wir möchten dem zustimmen, aber folgendes hinzusetzen: Das Christentum hat trotzdem nicht hindern können, daß der Geist des Kapitalismus und Mammonismus die Welt überflutete. Zwar bekennen sich mehr als 37 % der Bewohner unseres Planeten formell zum Christentum; aber die Kraft, mit der es seine Befehle in der ersten Zeit seiner Wirkbarkeit erfüllte, kann es nun nach 2000 Jahren nicht mehr aufbringen. Doch gerade im deutschen römisch-katholischen Bekenntnis zeigt sich noch hin und wieder eine Neubelebung und Anpassungsfähigkeit an veränderte Verhältnisse, die Verwendung erregen muß. Wenn es hier den Führern gelingen sollte, echtes Christentum in dieser praktischen Form des Lebens zu erwecken, so können wir solche Baubetriebe nur mit herzlichster Freude begrüßen. Ein solcher Wettbewerb als zwischen dem aus dem Glauben an den Sozialismus geborenen Gemeinwirtschaftsgeist und einem solchen Katholizismus ist kaum denkbar. Ja, für einen Teil unserer Freunde ist hier schon die Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß ein dem christlichen Christentum durchaus gleichwertiger Geist

möglich ist auch ohne Bekenntnis, ohne Konfession, im Sinne der Weisheit des alten Nathan und seiner drei Ringe.

Darin aber, daß das führende Blatt der christlichen Bauproduktionsgenossenschaftsbewegung gerade dieser einen Seite, dem Geist, in dem der einzelne arbeitet, so große Bedeutung beilegt, liegt ein wichtiger Fingerzeig, den wir nicht unbeachtet lassen sollten. Auch mit dem besten wirtschaftlichen Methoben und mit dem größten Betriebskapital werden unsere Sozialen Baubetriebe ihren Endzweck nicht erfüllen, wenn nicht ihre Mitarbeiter an allen Stellen, seien sie Handwerker, Lehrlinge, Buchhalter oder Geschäftsführer von gemeinwirtschaftlichem Geist erfüllt sind.

Zur Frage der Goldlöhne.

Was wollen wir?

Kindheit, nicht auch! Und wenn das nicht gehen will, laßt wenigstens einander gelten. Dies Goethewort möchten wir unsere Kollegen zu beherzigen bitten, die sich an Ausprägungen, sei es im „Grundstein“ oder in Verammlungen, beteiligen über ihn in den Augen anderer, sich weniger eingehend mit diesen Fragen beschäftigenden Kollegen herbeizelen, wenn ihm wegen seiner abweichenden Meinung mehr oder weniger unverständlich unterstellt wird, er halte Lohnforderungen für unnötig oder zwecklos, habe mit den Unternehmern in eine Reihe. Es ist doch wohl ein großer Unterschied, ob jemand Lohnforderungen nach dem Geldwert für zwecklos, aber allein nicht für ausreißend hält, dem Arbeiter den zu einem menschenwürdigen Leben erforderlichen Anteil an der Produktion zu liefern. Daß es Unternehmern gibt, die sich solcher Behauptungen bedienen, um ihren unsozialen Standpunkt gegenüber Lohnforderungen der Bauarbeiter zu verdeutlichen, ist nicht zu bestreiten; aber eine Kommunistin, der dies die Rechte zukommt, die gibt es unteres Erachtens nicht, oder sie müßte ihr Amt anderen Kollegen überlassen. Wir hoffen, lassen wir einander gelten. Gehen wir uns an der Sache und verstehen wir es, Ausprägungen unnötig zu verschärfen.

Die Bergesellschaft des Bau- und Wohnungswesens jagt unsere Bundesregierung. Dies ist unser Zukunftsziel. Da dieses Ziel aber in den nächsten Jahren nicht erreicht wird, weil uns hierzu zu viel Gemeinnütze entgegenstehen, ist die Hauptaufgabe des Baugewerksbundes, seine Mitglieder im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Man sollte glauben, in dieser Richtung wären wir einer Meinung. Doch ist dem nicht so. Einer schreibt, das Papiergeld reicht nicht zu, um den Arbeitern einen solch hohen Lohn auszuzahlen, den sie notwendig brauchen. Als ob sich die Produzenten und Händler jemals erst überlegt hätten, ob es so viel Geld gibt, ihre Waren so teuer bezahlen zu können. Ein anderer schreibt: Was nützen dem Arbeiter die Papierwische? Produzenten und Händler sagen: Immer her damit, wenn sie die Arbeiter nicht mögen. Nun schreibt H. Günther in Nr. 12 des „Grundstein“ — fragen wir es einmal und heraus —: „Von der Goldseite her ist eine bessere Lebenshaltung für die Arbeiterschaft unter den jetzigen Umständen überhaupt nicht zu erreichen.“ Na also, werden die Unternehmer sagen, dies ist, was wir schon immer gesagt haben: Lohnforderungen haben keinen Zweck. Wir lehnen solche runde Weg ab; denn es ist dies ja pure eigene Meinung. Genau so falsch ist, daß jede Lohnforderung naturgemäß höhere Preise bringen muß. Umgekehrt hätten Produzenten und Händler sich fragen müssen, daß, wenn sie die Preise erhöhen, naturgemäß die Lohnforderungen folgen. Stünden wir auf der Höhe, müßten jedesmal die Löhne um so viel erhöht werden sein, als die Preise anwachsen. So war es nicht der Fall; denn wenn wir bei Aufstellung einer Forderung uns erst fragen: Werden die Notenpressen auch so viel Geld herstellen können; werden uns die Papierwische was nützen und nützt eine Lohnforderung den Arbeitern etwas? Dann schützten solche Gedanken der Lohnkommission schon die Reste zu, und die Verhandlungen müssen so ziemlich erfolglos verlaufen.

Wichtig ist, daß keine Regierung und kein Staatsanwalt die Preise niedrig halten konnte oder wollte, und wenn es für diese oder jene Ware einmal gelang, dann blieben die Waren vom Markte weg, wie wir es zurzeit in Dresden mit der Milch sehen, die bei Strafe der Handelsstrafung nur für keine Kinder, und auch nur zu 75 % des Bedarfs, verabfolgt werden darf. Wie der Preis festgelegt ist, ist Milch zurzeit das billigste Schweinefutter. Die Preise lassen sich beim Sinken der Milch nicht halten und müssen fallen, wenn diese im Werte steigt, was wir zurzeit mit einer Keinen Befriedigung wahrnehmen können, und dies trotz inzwischen noch eingetretener Lohnforderungen und Herausgabe von über 2 Billionen Mark Papiergeld innerhalb zweier Monate. Kollege Günther, Du schickst also schon bei Erscheinen Deiner Zeilen, daß Deine Theorie verkehrt ist; denn infolge der Lohnforderungen in letzter Zeit hätten

die Waren teurer werden müssen. Jedes Kind weiß, daß zuerst die Warenpreise steigen und dann erst die Löhne. Die Löhne haben die Deuerung nicht verursacht, sondern die Gähler der Produzenten und Händler. Das Mißverhältnis in der Höhe der Gewinne einerseits und der Höhe der Arbeitslöhne machte die Lohnempfänger kaufunfähig, und wir sehen, daß durch das Sinken des Bodenlohnes von 1914 von 9 Dollar, 1919 auf 8 Dollar und Februar 1923 auf sogar 1/2 Dollar die Arbeiterkraft sich nur die aller-notwendigsten Nahrungsmittel kaufen konnte, nicht aber irgendwelche Gebrauchsgüter. Der Absatz stieg und Hunderttausende von Arbeitern wurden arbeitslos. Genau das gleiche haben wir in den Jahren 1876 bis 1882 erlebt. Die Unternehmer senkten die Löhne auf etwa die Hälfte von 1878 herunter kraft ihrer Macht und der Ohnmacht der Arbeiter, die damals fast die Organisation nicht kannten. Damals hatte Deutschland keinen Geldmangel; denn es waren von Frankreich an Deutschland 4 Milliarden Mark Kriegsentlohnung gesaßt. Trotzdem wanderten in den Jahren 1880 bis 1888 fast jedes Jahr 250 000 Menschen aus Deutschland aus, weil sie in Deutschland Hunger litten. Niedrige Löhne bringen verminderte Kaufkraft und infolgedessen Arbeitslosigkeit und im Gesolge noch größere Not. Erst 1883 fingen die Arbeiter an, sich zu organisieren, erlängten sich höhere Löhne, und damit schwächte sich auch die Krise ab.

1903 ist das Jahr des eigentlichen Erwachens der deutschen Arbeiterkraft. Die Gewerkschaften wuchsen von dieser Zeit an erst richtig empor. Von 1903 sehen wir das erfolgreiche Ringen um höheren Lohn, und nimmere erreichte auch die Industrie ihre höchste Blüte, weil die Masse des Volkes mehr und mehr kaufkräftig wurde. Mit der Entwicklung der Industrie eroberte sich Deutschland wieder den Weltmarkt, und wir waren 1914 nahe daran, alle Völker überflügelt zu haben.

Durch die Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit sind auch die Industrieerzeugnisse nicht teurer geworden. 1876 bis 1880 kostete die Tonne Kuxeuhut 191 M., 1896 bis 1900 noch 141 und 1911 bis 1913 nur 135 M. Die höheren Löhne machten den Arbeiter leistungsfähiger und die Industrie judte die Maschinen zu verbessern, um Arbeitslöhne zu sparen.

Heute kann der Arbeiter bei der geringen Kost nichts leisten; der Lohn ist trotzdem im Verhältnis zum Verkaufspreis der Waren sehr gering, so daß die Industrie auch keine Anreuzungen gemacht hat, die Maschinen zu verbessern, ja sie sind heruntergewirtschaftet. Statt dessen hat man riesige Gewinne an die Aktionäre verteilt. Es ist ja kein Geheimnis, daß auf der einen Seite das größte Göttemmerleben und auf der andern der Hunger herrscht. Diesen Lebensstand wollen wir beseitigen, und zwar zunächst im Interesse der Arbeiter und nicht zuletzt im Interesse des ganzen Volkes; denn wenn die Arbeiter keine Industrieerzeugnisse mehr kaufen können, muß auch die Industrie zuletzt darunter leiden. Vom Auslandsgewinn kann sie nicht auf die Dauer bestehen.

Da aber durch das Steigen und Fallen der Mark dieses Gleichgewicht ständig gestört wird, kam der Vorschlag der Goldlöhne. Ob es nun gerade Goldlöhne oder Dollarlöhne oder Neallöhne sein sollen, darüber läßt sich streiten. Da die Großindustrie ihre Preise dem Dollar anpaßt, wäre es jedenfalls das Beste, daß die Arbeiter ihre Löhne dem anpassen, weil dadurch der beste Gradmesser jeden Tag vorhanden ist; jedenfalls ein besserer, als die unzuverlässigen Reichs- und Landesstatistiken, die bekanntlich auch immer 14 Tage oder gar 4 Wochen zu spät bekannt werden.

Eine andere Frage ist die, ob wir bei dem Daniederliegen der Bautätigkeit stark genug sind, Goldlöhne durchzusetzen. Jedenfalls muß es aber unser Wille sein, es zu erreichen; denn wir sind jedenfalls über den tiefsten Stand der Mark noch nicht hinaus und sollte es der Fall sein, wird ein Auf und Ab nicht ausgeschlossen sein. Außer den Reparationszahlungen haben wir in Zukunft größere Summen Geldes als fremdländische Auslandszahlungen zu gewärtigen. Unsere deutschen Waren waren posthum, am billigsten unsere Gebäude infolge des Mieterschutzgesetzes. Käufer, die einen Friedenswert von 100 000 M. hatten, haben Ausland für 4 bis 10 Dollar auf gekauft, also für 1/6 bis 1/10 Goldmark. Zurzeit verzinzen sich die Käufer allerdings nicht; aber je mehr die Mark steigt, um vorläufig stabilisiert wird, steigt der Gewinn aus diesen Grundstücken. Wenn nur 5% des deutschen Hausbesitzes an Ausländer übergegangen ist, sind es rund 13 Milliarden Goldmark, die jährlich mindestens 1/2 Milliarde Goldmark Gewinn an das Ausland abfließen lassen. Weiter ist der Aktienbesitz zum Teil von Ausländern auf gekauft. Der Gewinn, der dadurch an das Ausland geht, beläuft sich sicher in die Milliarden Goldmark. Die Gewinne, die dadurch an das Ausland gehen werden, sind sicher größer als die Reparationszahlungen. Unsere Rakata wird dadurch ständig dem Wechsel unterworfen sein. Da nach März die Höhe des Lohnes die Gewinnrate erniedrigt oder erhöht, so müssen wir die Löhne möglichst hochzubringen und auch die Gewinnrate bescheiden zum Besten der Arbeiter sowohl als auch des deutschen Volkes überhaupt.

Der Preis nach oben ist der Weltmarktpreis, wenn wir es verhindern, daß die Kapitalisten durch hohe Zölle oder Einfuhrverbot Extraprofite machen. Dies ist Aufgabe der politischen Parteien. Die Gewerkschaften müssen aber betonen, von den Papierlöhnen, die die Waren kosten, möglichst viel in Gestalt von Löhnen vorweg zu bekommen.

Aug. Friedrich, Dresden.

Rönnen uns Goldlöhne helfen?

Die vorstehende Frage hat Kollege S. Günther in Nr. 12 des „Grundstein“ von neuem aufgeworfen. Günther verneint die Frage. Nach der Art, wie er die Angelegenheit behandelte, mußte er auch folgerichtig zu einem „Nein“ kommen; denn er hat in seinen Ausführungen in der Tat nicht die gestellte Frage beantwortet, sondern eine andere, die lauten müßte: „Sind Goldlöhne gleichbedeutend mit den Löhnen, die 1914 vor Ausbruch des Krieges gesaßt wurden?“ Sein Aufsatz ist nur eine Antwort auf diese Frage. Aber, wenn die Goldlöhne uns nicht die alte Lohn-

höhe wiederbringen, wozu dann überhaupt die Frage aufwerfen?

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die meisten Leute, die aus Arbeiterkreisen gegen die Erstrebung der Goldlöhne auftraten, anscheinend nicht darüber nachgedacht haben, ob denn nicht noch andere Vorteile denkbar seien, als nur die vollständige Eringung der Vorkriegslöhne. Wie ist der Ruf nach Goldlöhnen entstanden? Doch nur aus der Erkenntnis, daß zunächst die vierteljährliche, dann die monatliche und zuletzt die halbmonatliche Festsetzung der Löhne auf dem Verhandlungswege trotz der zahlenmäßigen Lohnerhöhungen immer nur eine wirkliche Verminderung der Löhne ergab. Das Mißverhältnis zwischen Lohn und Warenpreis fiel immer mehr auf. Die Gewerkschaften suchten diesem Uebel abzuhelfen, indem sie versuchten, den

Arbeitslosenzählung

Unter den Bauarbeitern aller Berufe ist die Arbeitslosigkeit gegenwärtig noch sehr groß. Das erfordert ganz besonders eine gewissenhafte Berichterstattung über ihren wirklichen Umfang. Wir müssen der Öffentlichkeit sagen können, wie viele Bauarbeiter in unserer widersinnigen Wirtschaftsordnung zum Feiern gezwungen sind, obwohl überall grauigste Wohnungsnot herrscht. Deshalb ergeht an alle Baugewerkschaftsvorstände hiermit das dringende Ersuchen, nach besten Kräften zum Gelingen der monatlichen Arbeitslosenzählungen beizutragen. Keine einzige Baugewerkschaft darf jetzt in dem Jahsergebnis fehlen. Vor allem müssen unsere Fachgruppen, namentlich die Glaser und die Söfper, überall in die Zählung eingegliedert werden. Die Fachgruppenleitungen werden dringend ersucht, das hierzu Erforderliche mit dem Vorstände ihrer Baugewerkschaft zu vereinbaren.

Aber auch sämtliche arbeitslos feiernden Mitglieder müssen sich verpflichtet fühlen, ihren Vereins-, Zahlstellen- oder Fachgruppenleitungen die Arbeitslosenzählung dadurch zu erleichtern, daß sie sich willig und getreulich bei den dafür bestimmten Kontrollstellen melden.

Warenindex zur Grundlage der Lohnfestsetzungen zu machen. Aber welche Indexziffer sollte maßgebend sein unter den 10 oder 12 unterschiedlichen? Die Unternehmervertreter suchten Lohnniederholungen zu vermeiden; zu dem Zwecke brachten sie als Beweise eine oder mehrere Aufstellungen mit den niedrigsten Ziffern. Unsere Vertreter verfahren entgegengekehrt. Schließlich mußte das Lohnamt entscheiden. Es entschied in der Regel so, daß nur etwa die Hälfte der jeweiligen Preissteigerung für die Lohnniederholung in Ansatz gebracht wurde. Diese Art der Lohnfestsetzung leidet unter dem weiteren Uebelstand, daß die Indexziffer erst nach dem Ende des Monats oder der sonst in Betracht kommenden Periode gefunden werden kann, der erhöhte Lohn etwa 4 Wochen nach den erhöhten Warenpreisen in Kraft tritt. Da die Zustimmungserklärung in der Regel erst nach mehreren Tagen eingehet und da besonders in einigen Gewerben die Unternehmerorganisationen sich sehr reichlich Zeit lassen, ihre Mitglieder von der Lohnniederholung zu benachrichtigen, so ist die Regel, daß der höhere Lohn erst etwa 6 Wochen nach der Preissteigerung, die als Grundlage für ihn diente, ausgezahlt wird. Inzwischen haben aber die Arbeiter bereits 2 oder 3 neue Preissteigerungen über sich ergehen lassen müssen. Dazu kam, daß die zahlenmäßig erhöhten Löhne aus einem prozentual erhöhten Steuerabzug usw. mit sich brachten, den der Gesetzgeber ursprünglich nicht gewollt hat, der aber nun die Kaufkraft des Lohnes noch weiter herabsetzte. So konnte es dahin kommen, daß das Lohnverhältnis Ende Januar 1923 zum Juli 1914 wie 1 zu 5 stand; das heißt, der Arbeiter konnte für einen Stundenlohn 1914 reichlich fünfmal soviel kaufen wie im Januar 1923. Obwohl in den 3 Jahren nach dem Kriege die deutschen Gewerkschaften einen vorher nie geachteten Aufschwung genommen haben, so daß heute ruhig bespaupet werden kann, die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen ist gewerkschaftlich vereinigt, haben wir einen Märgang der Neallöhne, der uns auf den Stand gebracht hat, den vor dem Kriege die ostasiatischen Arbeiter einnahmen. Wenn trotz alledem die Arbeiter heute an ihrer Gewerkschaft festhalten, so ist dies der Beweis dafür, daß sie einsehen: Die Gewerkschaften sind zwar nicht stark genug, um alle Uebel von uns abzunehmen, aber immerhin sind sie es, die dafür gesorgt haben, daß es uns nicht noch schlechter geht!

Betrachten wir nun einmal kurz die andere Seite, die Warenhändler und Unternehmer. In den Städten findet man keinen leeren Laden, keine leere Fabrik. Obwohl die Warenmenge in den einzelnen Läden und Lagern recht oft sehr geringen Umfangs ist, obwohl die Unternehmer Stein und Wein flagen über schlechten Verdienst, sehen die Arbeiter täglich, daß nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Geschäftsläden sich in ihrem persönlichen Verbrauch in keiner Weise einschränken. Sie sehen, daß die Luxusgeschäfte anscheinend nie so gut florieren, daß die besseren Gasthäuser nie so voll besetzt waren wie in dieser Zeit des allgemeinen Glens der Arbeiter und Angestellten. Sie lesen in den Zeitungen, daß die Zahl der Konturze etwa den fünfzehnten Teil so groß war als 1913. Sie sehen zugleich, daß die Warenpreise oft von einem zum andern Tage sprunghaft

steigen und fragen erstaunt nach dem „Wieso“ und „Warum“. Dann wird ihnen kalblütig erklärt: „Der Dollar ist wieder um 5000, 6000 oder 10 000 M gestiegen!“ Wenn ihnen dieses Argument einmal vorgehalten wird, dann liegt für die Arbeiter die Frage nahe: „Wie kommt es, daß unser Lohn fortgesetzt an Kaufkraft verliert, während die Einkommen der Geschäftswelt dem Augenschein nach nicht nur gleichbleibt, sondern sogar noch steigt?“ Und eben nahe liegt die Antwort: „Die Händler setzen ihre Frei- und Gewinne nach einem beständigen Wertmesser fest, der Dollar- oder Goldkurs, während dein Lohn festgesetzt wird nach einem unbeständigen und wechselnden Wertmesser, die zudem den Hessler hat, stets einen Monat zu spät anzugehen.“ Diese Antwort ergibt auch anscheinend zugleich den Weg, der zurück zu den früheren Löhnen führt. D Arbeiter lernten auch die Verkaufspreise der von ihnen selbst hergestellten Waren kennen, sie haben erfahren, daß der Lohnanteil an diesem Preise ständig sinkt und legen sich ganz naturgemäß die Frage vor: „Wer bekommt das, was uns entzogen wird?“ Antwort: „Die Unternehmer in ihrer Gesamtheit.“ Wie oft ist im „Grundstein“ schon die Kaufkraft der gebrandmarkt worden und wie oft sind die Verkaufspreise den Löhnen der Arbeiter in den Kaufkraftbetrieben gegenübergestellt worden. Was liegt also näher als daß die Arbeiter fordern: Bei der Lohnfestsetzung solle die gleichen Grundsätze zur Anwendung gebracht werden wie beim Verkauf der fertigen Waren. Das heißt: Es solle der Dollarkurs oder Goldmarkkurs zugrunde gelegt werden. Daß dabei der Zugänglichkeitsunterlieh: Goldlöhne gleich Vorkriegslöhne, ist verständlich, und ebenso verständlich ist auch, daß die Volkspartei diesen Schritt durch ihre Schlagswortpolitik verfrachte.

Goldlöhne sind nicht ohne weiteres Vorkriegslöhne, wie die heutigen Befämpfer dieses Problems ohne Ausnahme anzunehmen scheinen. Meines Wissens hat auch dieser sein Bestürworter der Lohnfestsetzung nach dem Kurse der Goldmark verlangt, daß jetzt ganz plötzlich die Vorkriegslöhne in Gold berechnet und ohne jeden Übergang wieder hergestellt werden sollen. Alle Wege werden und Gegenstände führen aber auf dieser Annahme. Ein Zeichen, daß sich die Gegner nicht die Zeit genommen haben, das gestellte Problem in seinem ganzen Umfang zu erfassen, ist die Auffassung, verlangen die Bestürworter der Goldlöhne, daß beispielsweise der Kollege, der heute einen Stundenlohn von 1800 M hat und der vor dem Kriege 75 M hatte, nun auf einen Mark 3800 M Stundenlohn bekommen soll. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch darum, daß zunächst einmal festgesetzt wird: Der Maurer Z. hat heute einen Stundenlohn von 1500 Papiermark, bei einem Kurse der Goldmark von 4800. Sein Lohn beträgt also 33 1/3 % in Gold. Dieser Lohn bleibt ihm (in Gold) auch dann, wenn die Goldmark etwa mit 9000 oder mit 19 200 Papiermark bezahlt wird. Er erhält dann 3300 beziehungsweise 6400 Papiermark als Stundenlohn. Da wäre der Goldlohn. Darüber hinaus kann man dann heute ebenso wie früher festlegen: Dieser Lohn wird von einem bestimmten Tage an um 2, 4 oder 10 % in Gold erhöht und wann es dazu kommen wird, das hängt dann von unserer gewerkschaftlichen Kraft ab, also zu einem eischen Teil vom Willen der Arbeiter.

Wenn es sich zunächst nicht um eine Lohnniederholung handelt, sondern nur um die Stabilisierung des bestehenden Lohnes, was hat dann die ganze Geschichte für einen Zweck? So höre ich die Kritiker fragen. Darauf ist zu antworten, daß auch die bloße Stabilisierung schon ein großer Gewinn für uns wäre in mehrfacher Hinsicht. Zunächst könnte der in Papiermark zu zahlende Lohn mindestens a l l o s e n t l i c h nach dem amtlichen Werten dieser Bestimmung heute nicht erfragelager werden, sondern, wenn nötig, an jedem Abend oder an einem bestimmten Wochentage könnten einige, von beiden Vertragsparteien bestimmte Personen zusammenkommen um den in Papiermark zu zahlenden Lohn zu berechnen. Bei dieser Verfahren wäre gewonnen: für die Gewerkschaft die Zeit und die Kosten, die aus den halbmonatlichen Verhandlungen heute entstehen. Außerdem würde zum Beispiel in unserm Bund die Festsetzung und die Zahlung des jeweiligen Beitrages größere Regelmäßigkeit erlangen, als zurzeit besteht, die Kämpfe, die geführt werden müßten würden nicht mehr gegen die Uebersicht einer noch größeren Verschlechterung gerichtet sein, sondern auf die Verbesserung des Bestehenden hingen. Die Ausgaben der Gewerkschaften könnten besser mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden, während ein weiteres Ubleiten auf den jetzigen Bahn uns unweigerlich nur die Wahl läßt zwischen verdoppelten oder verdreifachten Beiträgen oder Opferung der gesamten Einnahmen für Verwaltungszwecke. Das letztere wäre gleichbedeutend mit dem Eingehen der Gewerkschaften und Vermungsdauer Preisgabe der Arbeitermassen an gewissenlose Ausbeuter, Schieber und Wucherer für den einzelnen Arbeiter würde bei einer Stabilisierung des Lohnes in Gold schon der Vorteil entstehen, daß er den erhöhten Lohn spätestens 6 Tage und nicht wie bisher 6 Wochen nach dem Eintritt der neuen Preissteigerungswelle bekommt. Nehmen wir an, wir hätten von einer Seite eine derartige Regelung treffen können, zu einer Zeit, wo der Stundenlohn in Gold etwa 50 % des Vorkriegslöhnes betrug, so würde der einzelne Kollege heute etwa 20 % vom Vorkriegslohn mehr bekommen. Er würde außerdem die höheren Beträge in Papiermark immer noch 3 Wochen früher bekommen haben, so daß seine Kaufkraft etwa um 30 % besser gewesen wäre als bei dem jetzigen System.

Die Gegner der Goldmarklöhne führten auch ein ganz anderes Geschüt auf: Die Inflation. Sie argumentieren: Die Durchsetzung der Lohnniederholung in Goldmark wird gleichbedeutend mit einer Lohnniederholung sein. Lohnniederholung bedingt Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel. Vermehrung der Zahlungsmittel ist nur durch verstärkten Papiergelddruck zu erreichen. Dieser Vermehrung ergibt zusätzliche Kaufkraft. Zusätzliche Kaufkraft bringt infolge der größeren Nachfrage nach Ware Preissteigerungen. Diese bedingen Lohnniederholungen usw. Folglich müßten sie nun sagen, ist es wirtschaftlich richtig, auf Lohn-

erhöhungen zu verzichten. Ja, sie müßten weiter verlangen, daß die Löhne herabgesetzt werden; denn wenn Lohn-
 erhöhungen die Preissteigerungen bedingten, dann müßten
 Lohnvermindierungen logischerweise Preisherabsetzungen
 nach sich ziehen. Schließlich müßte die Arbeit ohne jeden
 Lohn aus Waren ohne Preise nach sich ziehen. Das ist
 kein Kolumbus ist abermals entdeckt. Aber warum stellen
 seine Entdecker dieses Ei nun nicht auf die Spitze? Weil
 sie innerlich von der Nichtigkeit ihrer Beweisführung doch
 nicht so ganz überzeugt sind. Sie müßten sonst mit dem
 guten Beispiel vorangehen und auf Vermehrung ihres Ein-
 kommens (in Papiermark) verzichten. Das können und
 wollen sie nicht, weil sie sonst im Elend verkommen. Sie
 werden sagen, daß der einzelne dies nicht kann. Sehr
 richtig! Ich sage: Auch die Arbeiterklasse eines Landes,
 selbst der ganzen Welt kann es nicht, wenn sie nicht ver-
 zehren will. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt des
 Kollegen Friedrich: Bedingt die Lohnberechnung in Gold
 eine Lohnherabsetzung und zugleich eine Vermehrung der Um-
 kaufkraft, dann darf man wegen der Wirkung der Letzteren
 nicht auf die erstere verzichten. Hermann Otto.

**Wohnungsbau und Wohnungsbaub-
 abgabe.**

Nichtigstellung. Im letzten Heft des unter
 vorstehender Ueberschrift in der Nr. 18 des „Grundstein“
 veröffentlichten Aufsatzes, wo die erforderliche Wohnungs-
 baubabgabe, die jeder Wohnungsinhaber aufbringen müßte,
 auf 196 100 M berechnet wird, muß es in weiterer Folge
 heißen: Dies bedeutet immer noch ein ungeheures Opfer,
 das von den minderbemittelten Volksgenossen nicht getra-
 gen kann; es sei denn, die Stundenlöhne würden für
 diesen Zweck allgemein um 100 Mark erhöht, anstatt um
 100 %, wie irrtümlich geschrieben wurde. Es sind dabei
 2000 Jahresarbeitsstunden als zugrunde gelegt gehabt, um
 100 M erhöht, würden diese 2000 Stunden 200 000 M er-
 geben und somit die als erforderlich angenommene Woh-
 nungsbauabgabe decken.

Vorschriften

**über die statistische Berichterstattung bei
 Streiks und Aussperrungen.**

In Nr. 8 des „Grundstein“ vom 8. Februar dieses
 Jahres sind die Vorschriften über die Berichterstattung auf
 Grund des § 31 des Arbeitsnachweisgesetzes veröffentlicht.
 Wie sehr das dort Gelegte zu beachten ist, zeigte folgender
 Fall: Im Vertragsgebiet Westfalen-Ost und Lippe kam
 am Ende Januar zu Lohnstreikern. Von 185 Unter-
 nehmern mit etwa 10 320 Arbeitern kam es in Westfa-
 len bei 3 Unternehmen mit etwa 88 Bauarbeitern zu
 einer Arbeits einstellen, die 5 Tage dauerte. Die Frage
 Nr. 15 auf dem statistischen Fragebogen lautet: Welche
 Sie statistischen Schäden hat die ganze Bewegung gehabt?
 auf hat der Arbeitgeberverband wie folgt geantwortet:
 ein Schaden der privaten Bauten und städtischen Neg-
 gebäuden infolge der Verzögerung, Verteuerung der
 Bauten. Der Streik fiel in eine Zeit, wo die Baustät-
 tigkeit und Bauzeit noch nicht nachgelassen hatte. Infolge
 der Lohnherabsetzung und der durch die in kurzen Zei-
 träumen wiederkehrenden tarifwidrigen Arbeitsnieder-
 setzungen geschaffene Unzufriedenheit in der Ausführung von
 Bauten macht sich eine starke Unlust zur Vergebung von
 Bauaufträgen bemerkbar. Eine Anzahl von projektierten
 Bauten gelangt nicht zur Ausführung. Projekte werden
 gestrichen und gestrichelt. Arbeitsmangel und Arbeitslosig-
 keit sind teilweise eingetreten.

Diese Auskunft ist sich selbst dem Landesarbeitsamt in
 Münster nicht glaubwürdig zu sein. Es gab den Berichts-
 bogen deshalb an das Arbeitsamt in Bielefeld zurück zur
 Klärung. Der Vorstand der Baugewerkschaft, an den sich
 das Arbeitsamt nunmehr wandte, hat die Frage wie folgt
 beantwortet: Die Bewegung hat keine wirtschaftlichen
 Schäden gebracht. Dem 5 Tage Arbeits einstellen bei
 3 Unternehmen von 185 mit etwa 88 Bauarbeitern von
 10 320 spielen im Baugewerbe, zumal im Winter, keine
 müßten Rolle. (Es waren auch noch einige Zimmerer daran
 beschäftigt.) Das städtische Bauamt teilte auf Anfrage des
 Verbandsarbeitsamtes mit, daß solche Maßnahmen, wie sie in
 der Vorantwort des Arbeitgeberverbandes angeführt sind, nicht
 Einklang finden. — Da der Zustand sämtlichen Kollegen in
 auf dem Vertragsgebiete 80 bis 100 % Lohnherabsetzung brachte, so
 zwischen einem mehr oder weniger wirtschaftlichen Nutzen als von
 Opferneuem Schäden sprechen; denn wäre der Lohn nicht auf-
 gehöhrt worden, was die Unternehmer doch ablehnten,
 Gewerkschaften wären die Bauarbeiter bei der Arbeit verhungert.
 Nach dem Gesetz sind nur die Unternehmer zur Be-
 richterstattung verpflichtet. Es wäre zu wünschen gewesen,
 wenn auch die Gewerkschaften dazu verpflichtet worden
 wären. Es kann daher nur dringend geraten werden, die
 wie bis hinweilen in „Grundstein“ Nr. 8 genau zu befolgen und
 reistatistische Berichterstattung freiwillig zu übernehmen. Anderen-
 falls wird das Reichsamt nur einseitig unterrichtet und
 können, wodurch einseitige Berichte erhalten. Die Verdruße sind
 50 % bei allen Arbeitsämtern oder öffentlichen Arbeitsnachweisen
 heute zu haben.

Schützt unsere jugendlichen Kollegen!

Die neuen Lehrlinge haben in verschiedenen Betrieben
 und Betrieben ihren Einzug gehalten. Die für unsere
 proletarische Jugend so freudigen Kinderjahre werden von
 harter Fronarbeit gequält. Daß der gewöhnliche Beruf den
 nach Vollendung freibewenden jungen Menschen innere
 Verwundung bringt, daß die Arbeit ihnen das Leben inhaft-
 lich, froh und lebenswert gestaltet, dazu können auch wir
 Erwachsenen als Berufsausschüßler unserer Zeit beitragen.
 Es sind proletarische Kinder, die zu uns auf den Bau,
 die Werkstatt kommen und die unserer Pflege und
 unserer Unterweisung bedürfen. Ihnen müssen wir be-
 weisen, daß die Organisation, das Band der Solidarität

und Kameradschaft, in uns lebendig und für sie wirksam ist.
 Kollegen, behandelt unsere jungen Kameraden so, wie Ihr
 wünscht, daß eure Kinder in anderen Betrieben behandelt
 werden! Sorgt für ihre berufliche Ausbildung, beachtet
 die Jugendschutzbestimmungen und führt sie der Jugend-
 abteilung des Baugewerksbundes zu. Und der Ausge-
 lernte, der neue Gehilfe, soll auch als Gehilfe nicht
 vergessen, daß er noch viel zu lernen hat, daß er seine
 Berufskennntnisse erweitern muß, um als tüchtiger Gehilfe
 auch seinen Mann zu stehen. Erst dann kann er mit Nach-
 druck für seine wirtschaftlichen Forderungen eintreten, und
 zwar auch dann nur durch Anknüpfen an seine Organisation,
 an den Deutschen Baugewerksbund.

Reigen wir den jungen Kollegen durch gutes Beispiel,
 daß fest in unsern Reihen der kollegiale Geist herrscht.
 Gewinnen wir die Jugendlichen durch Aufrichtigkeit und
 liebevolle Behandlung für unsere Organisation, daß wir
 allen Stämmen zum Trost den Mitgliedern Schutz und
 Schirm bieten.

Zur Lehrlingsentschädigung.

Schon oft haben wir auf die unzureichenden Ent-
 schädigungssätze für Lehrlinge hingewiesen, ohne daß sie
 bisher immer zufriedenstellend geregelt worden sind. Die
 Innungen stützen sich bei ihrem in der Lehrlingsfrage oft
 sehr unzulässigen Verhalten auf ihr vermeintliches, durch
 die Gewerbeordnung gestützte Recht. Da es aber auch in
 anderen Gewerben mit der sozialen Einsicht der Innungs-
 meister nicht besser bestellt ist, das zeigte sich bei der Tisch-
 ler-Innung von Groß-Berlin. Der Holzarbeiterverband
 war eifrig bemüht, mit den Innungsvertretern ange-
 messene Entschädigungssätze zu vereinbaren. Die Innung
 lehnte dies jedoch ständig ab und setzte dafür die ihr gut-
 denkenden Sätze selbstherrlich fest; diese Sätze standen in
 gar keinem Verhältnis zu den gegenwärtig üblichen Löhnen.
 Daraufhin hat der Schlichtungsausschuß auf Antrag des
 Holzarbeiterverbandes durch Schiedspruch wesentlich
 höhere Entschädigungssätze vorgelesen. Entgegen den Ein-
 wendungen der Innung, die die Zuständigkeit des
 Schlichtungsausschusses bezweifeln hat, wurde sofort die Ver-
 bindlichkeitsklärung beim Demobilisationskommissar bean-
 tagt. Dieser lehnte die Verbindlichkeitsklärung zwar ab,
 hat aber in der Begründung die Zuständigkeit des
 Schlichtungsausschusses zweifelsfrei ausgesprochen. In der
 nachstehenden Arbeit Nr. 7 sind die Lehrlinge als „ge-
 werbliche Arbeiter“ besonders aufgeführt. Außerdem be-
 zieht sich die Verordnung vom 12. Februar 1920 über die
 Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten
 nach § 1 Absatz 2 ausdrücklich auch auf Lehrlinge. Mit hin
 sind auch die Lehrlinge sämtlichen Bestimmungen der Ver-
 ordnung unterworfen. Die Verbindlichkeitsklärung ist
 demnach nicht aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt
 worden, sondern wegen der besonderen Verhältnisse im
 Holzgewerbe. Es ist daher zu empfehlen, daß unsere Ge-
 leute oder Lohnkommissionen überall, wo sich die Innun-
 gen einer vernünftigen Regelung der Lehrlingsfrage ent-
 gegenstellen, die Schlichtungsausschüsse anrufen. Dabei
 kann auch auf den Beschluß der Gläserinnung zu Hamburg
 hingewiesen werden (siehe Fachgruppennachrichten), wo-
 nach die Entschädigung der Lehrlinge nach einem Sunden-
 verhältnis der Gehaltelöhne berechnet werden soll.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Leipzig.

Zur Auswertung des Jahres waren die Unternehmer
 aus dem Bezirksarbeiterverband für Sachsen aus-
 getreten und bereiteten mit unserer Organisation eine
 Sonderabmachung, wonach die Bauarbeiter jeweils 2 M
 über den Lohn der Maurer in den übrigen Großstädten
 des Freistaates Sachsen zu zahlen kamen, die Hilfs- und
 Tiefbauarbeiter 1 M weniger als die Maurer erhielten und
 die Ferien geregelt waren. Dieses Abkommen hatte Gültig-
 keit bis 31. März 1923. Die Unternehmer kündigten es,
 wurden wieder Mitglieder ihres Bezirksverbandes und
 glaubten nun bei der herrschenden Arbeitslosigkeit stark
 genug zu sein, den Lohn abzubauen. In den letzten Tagen
 des Monats März verlangten sie von den Bauarbeitern
 die Unterzeichnung eines Verweises oder Kündigungsgeldes,
 nach dem vom 1. oder 3. April nur mehr die Gehalts-
 löhne in Betracht kommen sollen. Das bedeutete für die
 Maurer 2 M, für die Hilfs- und Tiefbauarbeiter 68 M
 stündliche Lohnkürzung. Selbstverständlich lehnten unsere
 Kollegen das Ansuchen der Unternehmer ab, und die Ver-
 handlungen ergebnislos verliefen, traten unsere Kollegen
 in Teilstreik ein, worauf die Unternehmer die Aussperrung
 verfügten. Aber die Aussperrung ist nicht allgemein; an
 einer ganzen Anzahl bringlicher Bauwerke wird weiter-
 gearbeitet, wo sich die Unternehmer zur Weiterzahlung der
 alten Sätze verpflichtet. Besonders die Unternehmer des
 Tiefbaugewerbes scheinen an dem Kampfe wenig Gefallen
 zu finden. Eine Verhandlung am 26. April brachte wieder
 keine Einigung. Es wird in den ersten Tagen des Monats
 Mai entschieden werden, ob der Kampfesstadium weiter ge-
 stellt werden muß, da unsere weiterarbeitenden Mitglieder
 mit Recht auf Begleichung der durch das Bezirkslohnamt
 ausgeprochenen Lohnherabsetzung von 5 % für den Monat
 April bestehen. Im Kampfe stehen bis jetzt über 2000 Mit-
 glieder unseres Bundes.

In diesem Kampfe wird nun so recht die Ohnmacht
 der kommunistischen Organisationszerplitterter offenbar.
 Wir sehen davon ab, die Begehren in den Streikversamm-
 lungen (wie beispielsweise in Oederan) und in Nr. 8 des
 „Baugewerks“ gegen unsern Bund und seine Führer zu
 besprechen; denn Schimpfen ist das Lebenselement dieser
 Leute, und es werden ja auch die Kollegen immer weniger,
 die diese Tiraden ernstnehmen, aber selbstgenügsam werden
 müssen die vom Ausschlußentwerberband ausgedehnten Gesell-
 schaftungen im ganzen Reiche. Daß dies Verwändchen in
 der Hauptstraße keine Gelder hat, um seine ausgesperrten
 Mitglieder zu unterstützen, obwohl es viel weniger Mit-
 glieder an der Aussperrung beteiligt hat als wir, ist klar.
 Auch der schon monatelang vorher eingetretene Kampf-

fonds reicht nicht zu, und so schwingt nun wieder die Hain-
 straße im ganzen Lande den Klingenbeutel. Und das nicht
 nur bei ihren Angehörigen und bei der gesamten Bau-
 arbeiterchaft, sondern sogar in den anderen Industrien.
 Dabei wird der Glaube erweckt, als seien diese Geldsam-
 mlungen auch für unsern Bund bestimmt. Selbstverständlich
 ist unser Bund aus eigener Kraft stark genug, diese Lohn-
 kämpfe zu führen.

Wir machen daher hiermit alle Mit-
 glieder und die Gewerkschaftsangehörigen
 darüber und Verufe darauf aufmerksam, daß
 die für die Chemischen Ausgeperrten ge-
 sammelten Gelder nur den Gewerkschafts-
 angehörigen zugute kommen. Unsere Mit-
 glieder müssen derartige Sammelaktionen
 auf das entschiedenste zurückweisen.

Aus den Baugewerkschaften

Münster. (Ausgeschlossene Reichsbollge-
 wirtschen.) In unserer Zehnjährige Ortsleitung wurden kürz-
 lich der Maurer Emil Guth, bisher noch sozialistischer
 Stadtoberbinder, und der Maurerpolier Gustav Zwan aus-
 geschlossen werden, weil sie in nationalsozialistischen-ge-
 richtiger Richtung gegen unsern Baugewerksbund gearbeitet
 hatten. In den Januartagen 1919 ließ Guth von Haus zu
 Haus und warb für den freien Verband. Die Revolutions-
 welle trug ihn in die Stadtoberbinderemissionierung, wo er
 sich übergeknapp sozialistisch betätigte. Neben, viel und
 oft reden, war seine schwache Seite. Zwan wirkte in der
 Revolutionszeit in der Volkswache. Verbandsgelehrter, die
 Guth anvertraut waren, konnte dieser bisher nicht zurück-
 zahlen. 1921 spielte er sich als Opfer reaktionärer und kom-
 munistischer Verfolgung auf und verlangte Schutz durch den
 Verband. Er wurde bei der Hauptpolizei angestellt, kam
 auf einem Siedlungshaus und wurde zum Tyrann seiner
 Einwohner. Heute begeistert er den Verband wegen dessen
 Tätigkeit für die Förderung des Wohnungsbauwesens, schreibt
 in der bürgerlichen Presse für die Weigerung der behör-
 dlichen Wohnungsbevollmächtigung, damit sich das private
 Unternehmertum auf dem Wohnungsmarkt frei ausleben
 und der Mieterchaft das Fell nach Herzenslust über die
 Ohren juchte sein kann. Zwan suchte das Privatunternehm-
 erium vor den Bauhütten zu retten, indem er persönlich beim
 Bürgermeister von Ortsburg dagegen Einspruch erhob,
 daß der Ortsbürger Bauhütte der Volksschulneubau über-
 tragen werde. Dieser Liebe Müß war allerdings umsonst;
 denn die Bauhütte erhielt den Auftrag dennoch. Jetzt ge-
 hören beide dem christlichen Verbande an. Unsere Kollegen
 werden ihn um diesen Zuwachs nicht beneiden. Mögen sie
 dort ihre Zubearbeit für das Unternehm- und Gaus-
 besitzkapital fortsetzen.

— (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im
 allgemeinen zufriedenstellend. Sie entfiel zum größten
 Teile auf den Wiederaufbau und auf den öffent-
 lichen Wohnungsbau und nur zu einem kleinen Teile auf
 den Privatbau. In der eigentlichen Baugzeit gab es hier
 keine arbeitslosen Bauarbeiter. Zeitweilig wurden sogar
 noch Facharbeiter gesucht. Die aus diesem Grunde mit Re-
 gierungshilfe eingeleiteten Umfahlungsmaßnahmen haben
 unsere Kollegen abgelehnt. Die Unternehmer haben sich
 jedoch im Verein mit den Christlichen daran beteiligt. Was
 dabei Geheimes herausgekommen ist, ließ sich nicht fest-
 stellen. Im Tiefbau ging die Arbeitslosigkeit trotz
 günstiger Witterung schon früh zu Ende. Hofstadtsarbeiten
 nahm man als unlohndend nicht mehr an, nachdem auch
 für sie die tarifvertragliche Entlohnung eingeführt war und
 der Regierungspräsident die Löhne nicht mehr nach seinem
 Ermessen festsetzen konnte. Die Lohnverhältnisse blieben
 weit hinter der Teuerung zurück. Die kurze Baugzeit, ein
 sozial rückständiges Unternehm- und Bauverhältnis und
 demgegenüber keine geschlossenen organisierte Bauarbeiter-
 schaft; haben wir es doch hier neben unserm Bund noch mit
 Christlichen, mit Inorganisierten und mit Hilfs-
 geborenen zu tun — das alles ist einer günstigen Lohn-
 entwicklung hinderlich. Freilich haben die Christlichen in
 unserm Vereinsgebiet nur noch in der Stadt Allenstein eine
 Organisation. Deshalb kämpfen sie unter Führung ihres
 Sekretärs, in harter Anlehnung an die Arbeitgeberorgani-
 sation, verweigert um ihre Forderungen. Als die von allen Ar-
 beiterverbänden gebildete Lohnkommission im Berichtsjahre
 beschaffen hatte, zum Angriffsbereit übergeben, da haben
 die Christlichen durch öffentliche Kundgebung abgelehnt, bei
 der Firma Pfeffer, dem Oberbaurat, zu streifen. In-
 folge der Aussperrung mußten sie jedoch mitmachen. Nach
 erfolglosem Kampfe ist dann ohne die Christlichen ein
 Bezirksarbeitsvertrag zustande gekommen, mit Wöhlen, die
 nicht mehr unter dem allgemeinen Reichsbuchschmitt stan-
 den. Die Mitgliederzahl ist bei 870 Neuaufnahmen um
 120 Mitglieder auf 1190 gestiegen. In Willenberg und
 Bartenberg wurden neue Zehnjährigen gebildet. In
 Krosau, Friedrichsberg und Wöhlen wurden die bestehen-
 den Organisationen zu Zehnjährigen ausgebaut. Der Kassen-
 bericht ergab für die Hauptkasse 1 464 465,55 M. Die Ver-
 einkasse hat 499 124,70 M. eingenommen und 396 299,50 M.
 ausgegeben. Im Jahresschluß verfügte sie somit über
 einen Kassenbestand von 1 028 235,25 M. In der General-
 versammlung, die den Bericht entgegennahm, sprach Kollege
 Krosau eingehend über die in Aussicht genommene ein-
 richtungsbewegung der Betriebs-Oberingenieur Schulz, der Leiter
 des Bauhüttenbetriebsverbandes Ost. Beide Vorträge
 gaben den Zuhörern die Gewißheit, daß zielbewußte, von
 allen Kollegen unterstützte Arbeit den Erfolg verbürgt.

Brandenburg. (Jahresbericht.) Die Arbeits-
 gelegenheit war im abgelaufenen Jahre zufriedenstellend.
 Doch ist trotz der Wohnungsnot nur sehr wenig Wohnun-
 gen gebaut worden. Im ganzen sind erstanden durch Neu-
 bauten 76, durch Umbauten 29, durch Nachgepfloßbauten
 9, durch Teilung großer Wohnungen 9, im ganzen 120 Woh-
 nungen. Dennoch haben die Wohnungsgewerkschaften von 2350
 auf 2667 zugenommen. Erweiterungsarbeiten an Fabri-
 ken hatten den Hauptanteil an der Bauarbeit. Gegen

Zahresabschluss brachte namentlich der Pulverfabriksumbau in Hauze erwünschte Arbeitsgelegenheit. Die Reichsbahnverwaltung läßt diese Anlagen umbauen und erweitern zu einer Eisenbahnbetriebswerkstätte, die wohl die zurzeit größte in Deutschland werden dürfte. Im Zusammenhang damit wird gleichzeitig ein neues Wohnbaugelände erschlossen. Im Mittelpunkt unserer Vereinstätigkeit stand wie überall die Lohnfrage. Es ist uns gelungen, die Stundenlöhne im Laufe des Jahres zu erhöhen in der Spitze für Maurer von 9,40 M auf 310 M, für Hilfsarbeiter von 9 M auf 294 M, der Tiefbauarbeiterlöhne betrug am Jahresabschluss 280 M, damit war die Forderung allerdings bei weitem nicht ausgeglichen. Der berechnete Inwille unserer Kollegen gegen die jeder Lohnsteigerung widerstehende Unternehmerrückstufung wurde von einigen übercriticalen Elementen mißbraucht, um einen wilden Streik anzustellen, der aber die Lohnfrage auch nicht förderte. Drei dieser Treiber mußten aus dem Verbande ausgeschlossen werden. Ein Grüppchen, das infolge dessen als Ausschließungselement überhand genommen, hat unsere Organisationsarbeit nicht zu fördern vermocht. Das zeigen die Mitgliederzahlen. Nach den verbrauchten Beitrags- und Freimantel zahlte der Verein im Jahresdurchschnitt 1919 476, 1920 666, 1921 772 und 1922 869 Mitglieder. Der Mitgliederwandel war sehr stark, sind doch 310 Mitglieder aus andern Verbänden zu uns gekommen und 345 Mitglieder zu andern Verbänden übergetreten. Der Zuwachs beruht allein auf den 381 Neueintritten. Für die Hauptkategorie sind 1209 671 M eingenommen worden. Die Vereinskasse hatte einschließlic ihres Bestandes vom Vorjahre 432 790,31 M Einnahmen und 384 270,68 M Ausgaben. Ihr Kapitalbestand erhöhte sich von 14 365,60 M auf 98 519,63 M.

Geleit. (Jahresbericht.) Lohnfragen, Vertretung vor Schlichtungsstellen, Gerichten, die Erwerbslosenunterstützung sowie die Verwaltung des Vereins überaupt brachten reichlich Arbeit. 1850 Mitglieder waren gegen Ende des Jahres arbeitslos. Einige tausend Mitglieder sind neu eingetreten, dadurch konnte der Mitgliederverlust wieder ausgeglichen werden, der durch Vertreibung aus an Polen entfallenen Gebiete entstanden ist. Der Klassenbericht war zufriedenstellend. Für die Hauptkategorie haben sich in Einnahme und Ausgabe 12 748 836 M ergeben. Die Vereinskasse hatte bei einer Gesamtentnahme von 4 096 346 M an Ausgaben 3 601 822 M. Es verblieb ihr somit ein barer Kasseebestand von 494 524 M. Eine gute Kapitalanlage bildete der Erwerb eines Grundstückes, das auch das Heim unserer Vereinsverwaltung beherbergt. Im Berichtsjahre hatten wir, von den Wintermonaten abgesehen, durchweg gute Arbeitsgelegenheit. Den Bauarbeiterlöhnen luden wir nach Kräften zu fördern. In dieser Frage ist jede Ausdauer besonders nötig, wenn wir Erfolge erzielen wollen. Die Lohnfestsetzungen haben die Spanne zwischen den Löhnen der Facharbeiter und der Hilfs- und Erdarbeiter erweitert. Die Löhne der Fachgruppen sind größtenteils durch Zuschläge auf die Maurerlöhne geregelt. So erhalten Feuerungsmaurer und Zolierer 5%, Schornsteinmaurer und Pfeifenleger 10%, Stuckateure und Polierer, diese nach zwei Berufsjahren, 25%, Ofenbauer 3,50 M über den Maurerstundenlohn; Glaser erhalten Maurerlöhne. Für Arbeiterinnen sind 60% der Tiefbaulöhne festgesetzt worden. Da die Unternehmer das nicht gahlen wollen, haben wir die Allgemeinverbindlicherklärung beantragt. Lehrlinge erhalten im 1. Lehrjahre 25%, im 2. Lehrjahre 40% und im 3. Lehrjahre 50% der Gehaltelöhne. In einzelnen Wohngebieten, wo die Löhne besonders zurückgefallen waren, haben Streiks erfolgreich nachgeholfen; doch war der Ausgleich immer nur vorübergehend. Die fortschreitende Feuerung hob ihn immer wieder auf. Der Lohn- und Arbeitskreis konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Unternehmer wollen nur die über 24 Jahre alten Arbeiter als Vollarbeiter gelten lassen; die jüngeren sollen sich Lohnabhängige gefallen lassen. Das haben unsere Kollegen selbstverständlich abgelehnt. Der Arbeitgeberverband hat sich geteilt. Er hat jetzt im deutschen wie auch im polnischen Gebiet eine Organisation. In einer Entschließung hat unsere Vertretungsverammlung die Wünsche des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zur Arbeitszeit hervorzuheben. Die in den Lohn- und Tariffragen geleistete Tätigkeit wurde gebilligt. Unsere Bauarbeiterbewegung entwickelt sich zufriedenstellend. Der Sozialversicherungsbeitrag beträgt monatlich 10 M. Er muß von allen Mitgliedern geleistet werden. Für die Vereinskasse leisten unsere Mitglieder, weibliche und jugendliche Mitglieder sind davon ausgenommen, vierteljährlich einen Werbebeitrag von 1000 M.

Hamburg. (Ein Schwindler.) Die in Wiesdorf am Wiederheim bei der Firma Weiser & Söhne beschäftigten Hamburger Maurer erluden den Vorstand unserer Bauergewerkschaft, vor dem Maurer Max Winger zu warnen. Winger ist geboren am 17. Mai 1885 in Lauenburg. Er hat der Firma Weiser erklärt, daß er eine Hochlohone besäße, die infolge der Ruhrbefehle unverschuldet aus der Arbeit gekommen sei. Er sollte sich dann aus Hamburg 7 Maurer und hat diese in der unternehmertesten Weise betrogen und bestohlen. Nachdem er die in der Baracke vorhandenen Spinde erbrochen hatte, ludte er mit den darin befindlichen Kleidungsstücken und sonstigen Eigentum der Geschädigten das Weite. Da diese Kollegen größtenteils längere Zeit erwerbslos waren, so sind sie durch diese verwerfliche Tat um so schmerzlicher geschädigt. Die Vereinsvorstände werden vor dem Schwindler gewarnt und ersucht, Obacht zu geben und ihn, wo er auftauchen sollte, dingfest zu machen.

Landshut. (Jahresbericht.) Während des Sommers war die Bauaktivität nur mittelmäßig, und im Herbst kam sie fast ganz zum Stillstand, so daß die meisten Kollegen arbeitslos wurden. Es gab hier nur einen Bau, noch dazu ungefähr fünfviertel Stunden von hier entfernt, der einigen Kollegen während des Winters Beschäftigung bot. Leider konnten nur wenige unserer Kollegen auf diesem Bau unterkommen, weil er fast von landwirtschaftlichen Arbeitern überlaufen wurde und diese von den Arbeitgeberern bevorzugt wurden. So waren die meisten Kollegen gezwungen, sich auswärts Arbeit zu suchen. Eine glückliche Regelung von Tarifstreitigkeiten scheidete oft an der Saftlosigkeit der Arbeitgeber. Manchmal werden sie

darin noch von den Polierern unterstützt. In unserm Bezirk ist die Organisationsarbeit überhaupt sehr schwierig, weil hier bis jetzt fast gar keine großen Bauten ausgeführt wurden. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 1070 auf 1359. 1284 Mitglieder haben wir neu aufgenommen, von andern Verbänden sind 267 übergetreten. Der Zuwachs beträgt aber nur 259 Mitglieder. Die Forderungen sind teils ausgewandert, teils zu andern Verbänden übergetreten und einige haben uns wieder den Rücken gekehrt. Der Verein hatte eine Einnahme von 470 778,25 M, dem gegenüber betragen die Ausgaben 391 559,05 M. Es verblieb somit am Jahresabschluss ein Kasseebestand von 79 219,20 M. Die Stundenlöhne stiegen in Landshut im Laufe des Jahres für Maurer von 8,05 M auf 331 M, für Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter von 7,63 M auf 313,35 M.

Wiesbaden. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war gut. Am 15. September 1921 arbeiteten in unserm Vereinsgebiete 1125 Bauarbeiter, am 22. Juli 1922 dagegen 2290. Die Wohnungsnot ist trotzdem noch nicht geringer geworden. Außer in den Wintermonaten, als die Mehrzahl unserer Mitglieder infolge der Witterungsverhältnisse feierte, war von Arbeitslosigkeit wenig zu bemerken. Die in Wiesbaden für Lebensmittel errechnete Feuerungslohn stieg im Laufe des Jahres von 1654 auf 59 671, das Jahr 1914 als 1 gerechnet. Verdiente der Facharbeiter 1914 bei jechundfünfundzwanzigjähriger Arbeitszeit wöchentlich 33,40 M, so betrug sein Wochenlohn Ende Dezember 1922 bei jechundvierzigjähriger Arbeitszeit 18 400 M. In Wiesbaden, im Rheingautraße und im Landtreiße Wiesbaden stieg der Stundenlohn für Facharbeiter im Berichtsjahre von 13 auf 400 M, Hilfsarbeiter erhalten 5% weniger. Die Lehrlingslöhne sind seit November tariflich geregelt. Im Unterraumkreis (Wohngruppe 2) stieg der Facharbeiterlohn von 11 auf 377 M. Für Pfeifenleger gilt der Facharbeiterlohn der Wohngruppe 1. Die Zuschläge auf die Arbeitslöhne stiegen für Wandplatten von 1250 auf 400 300% und für Bodenplatten von 1500 auf 48 500%. Als Werkszulage kommt auf den Lohn oder auf den Arbeitslohn ein Zuschlag von 3%. Die Stuckateurlöhne richteten sich gleichfalls nach dem Facharbeiterlohn. Für Feuerungsmaurer, Steinbrucharbeiter und Holzhaue wurden besondere Tarifverträge abgeschlossen. Für die am 22. Juli abgeschlossenen Bauarbeiter ist der Wochenverdienst im Laufe des Jahres um 43 011 125 M gestiegen. Die dazu erforderlich gewordenen 21 Lohnveränderungen sind durch Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberbund erzielt worden. Die Mitgliederzahl stieg von 2656 auf 3598. Zu der Mitgliederzahl gehörten am Jahresabschluss 1246 Maurer, 1819 Hilfsarbeiter, 177 Erdarbeiter, 62 Zementarbeiter, 218 Stuckateure, 41 Pfeifenleger, 3 Polierer und 26 Bau-Werkmeister. Seit dem 1. Januar 1922 ist ein Baufortschritt im Landtreiße Wiesbaden tätig; dessen Tätigkeit erstreckt sich seit dem 1. Januar 1923 auch auf die Stadt Wiesbaden. Im Rheingau und im Unterraumkreise arbeitet die Bauarbeitergewerkschaft ebenfalls für eine verbesserte Baukontrolle. Der Klassenbericht ergab für die Hauptkategorie in Einnahme und Ausgabe 7 205 224,35 M. Die Vereinskasse hatte bei 1 929 886,50 M Einnahme 1 396 868,40 M Ausgaben. Der Kasseebestand erhöhte sich von 41 717,50 M auf 532 718,10 M. 12 Haftstellen verfügen außerdem noch über 6656,20 M Kasseebestand. Für Sozialversicherungsarbeiten sind 43 713 M eingegangen. Sowjiden haben die politischen Verhältnisse auch in unserm Vereinsgebiet eine starke Arbeitslosigkeit verursacht. Die Unternehmer möchten dies zu einem allgemeinen Lohnstreik ausnutzen, doch wird diese Absicht an dem gesunden Geist der Bauarbeiter und an ihrer geschlossenen Organisation scheitern. Im ersten Berichtsjahr ist der Facharbeiterlohn von 400 auf 1740 M gestiegen.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Streik in Dänemark.

Da die seit dem 1. Februar beziehungsweise 1. März dieses Jahres während den Verhandlungen mit dem Unternehmerverband um Abschluß eines Tarifvertrages zu keinem Resultat führten, hat der Dänische Maurerverband am 1. Mai den Streik erklärt. Der Grund, daß die Verhandlungen sich so langwierig gestaltet, liegt in der Absicht der Unternehmer, den Achtstundentag zu besiegeln. Der Streik erstreckt sich über das ganze Land, wobei von den 5117 Mitgliedern des Dänischen Maurerverbandes rund 3000 Mitglieder beteiligt sind. Da die bestellten Unternehmer versuchen werden, in Norddeutschland Bauarbeiter anzuwerben, ersuchen wir, auf Agenten und Arbeitsangebote zu achten und die Bauarbeiter vor o. r. Arbeitsaufnahme in Dänemark zu warnen.

Verbandstag des holländischen Stukkatueurverbandes.

Vom 14. bis zum 16. April dieses Jahres tagte in Utrecht der Verbandstag unseres holländischen Bruderverbandes. Der Bundesvorstand hatte dazu den Kollegen Odenthal als Vertreter des Deutschen Bauergewerksbundes entsandt. Schon seit Jahrzehnten bestand zwischen den Stukkatueurorganisationen der beiden Länder eine gute Verbindung, und zu manchen Tagungen der deutschen Organisation hatten die holländischen Stukkatueure Vertreter entsandt. Die zurzeit sehr gespannte Lage im holländischen Stukkatueurgewerbe erfordert unsere ganze Anteilnahme. Hunderte unserer deutschen Kollegen haben in den letzten beiden Jahren in Holland lohnende Arbeit gefunden, aber seit dem Herbst vorigen Jahres war die Arbeitsgelegenheit derart zurückgegangen, daß es notwendig wurde, Holland von ausländischen Arbeitskräften zu entlasten. Dazu kam, daß die Unternehmer es verstanden hatten, unter Ausnutzung der deutschen Stukkatueure eine Bresche in den kollektiven Arbeitsvertrag zu schlagen, die sie beim Ablauf des Tarifvertrages am 1. Mai ausnutzen wollen zu einem Lohnabbau und zu einer Verlängerung der Arbeitszeit. Unter diesen Umständen war der Verbandstag doppelt bedeutungsvoll; denn es galt gleichzeitig auch die Organisation auszubauen.

Holland zählt etwa 2200 bis 2400 Stukkatueure, von denen rund 1700 dem Niederländischen Stukkatueurverband angehören, die sich auf 25 verschiedene Orte (Abteilungen) verteilen. Nach unsern Anschauungen war die Zahl der entsandten Abgeordneten recht groß, einschließlich der Vorstandsmitglieder waren etwa 55 Delegierte anwesend, darunter auch die Mitglieder der Kontrollkommission. Die Satzung des Verbandes sieht vor, daß jede Abteilung bis zu 50 Mitglieder 1 Delegierten, bis 100 Mitglieder 2, von 100 bis 200 Mitgliedern 3 Delegierte und über 200 Mitglieder 4 Delegierte entsendet.

Die Tagung wurde am Sonnabend, 14. April, nachmittags 2½ Uhr, in einem Saale des Gebäudes für Kunst und Wissenschaft durch den Vorsitzenden Corduener eröffnet. In seiner Eröffnungsrede begrüßte er die Anwesenden und schilderte die gegenwärtige Lage. Kollege Odenthal brachte die Grüße und Wünsche des Deutschen Bauergewerksbundes zum Ausdruck und dann kam ein Vertreter des Vereines Utrecht zu Wort. Der Bericht über die Jahre 1921 und 1922 lag gedruckt vor, und wurde vom dem Sekretär des Verbandes, Kollegen de Zeeuw, erläutert. Ein wesentlicher Teil des Berichts beschäftigt sich mit der Erwerbslosenunterstützung. Es sind ganz erhebliche Summen zu diesem Zweck ausgegeben worden, wozu der Staat allerdings wesentliche Zuschüsse leistete. Aus den Ausgaben ersieht man aber auch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Jahre 1922; denn während im Jahre 1921 50 384 Gulden verausgabt wurden, stieg diese Summe 1922 auf 112 752 Gulden. Besonders Amsterdam und Rotterdam litten sehr stark unter der Arbeitslosigkeit.

In der Aussprache über den Bericht des Verbandsvorstandes und der Redaktion nahmen nur wenige Kollegen das Wort. Beanstandungen kamen von keiner Seite, und dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Ein Mitglied des Vorstandes, der Kollege van Herk aus dem Haag, der ununterbrochen 11 Jahre eifrig als Vorstandsmitglied gewirkt hatte, scheidet aus seinem Amte aus. Es wurden ihm durch den Vorsitzenden warme Worte der Anerkennung gewidmet, und am letzten Tage ehrte ihn der Verbandstag durch Ueberreichung eines prachtvollen Blumenstraußes. Nachdem an Stelle van Herks ein anderer Kollege vorgeschlagen war, wurde der gesamte Vorstand mit dieser Aenderung wiedergewählt.

Vom Sonntag, den 15. April, an tagte der Verbandstag im Hotel Noord-Brabant, worüber wir wegen Raummangels nur kurz berichten können. Anträge der Vereine von Haag und Amsterdam verlangten, daß besoldete Bezirksleiter anzustellen seien. Sie hatten das Ergebnis, daß der Vorstand das Recht erhielt, in dem einen oder andern Bezirk einen Kollegen freizustellen, wenn dies erforderlich ist. Dem weiteren Antrage, Generalversammlungen, Sitzungen des Verbandsvorstandes sowie Kommissionssitzungen nicht mehr an Sonn- und Festtagen einzuberufen, soll „soweit als möglich“ Rechnung getragen werden. Die sogenannte Advokatskommission, eine Art Beirat des Vorstandes, soll keine selbständigen Beschlüsse fassen.

Einen ziemlich breiten Raum nahm die Regelung der Erwerbslosenunterstützung in Anspruch. Hierbei muß stets auf die Bestimmungen der staatlichen Unterstützungsrichtlinien Rücksicht genommen werden. Anträge bei Arbeitslosigkeit täglich bis zu 6 Stundenlöhnen an Unterstützung zu zahlen, wurden abgelehnt oder zurückgezogen und beschlossen: Kranke, die länger als 6 Wochen arbeitsunfähig sind, sollen auf die Dauer von 36 Tagen 4 Stundenlöhne täglich als Unterstützung erhalten. Wer in der Zeit der Arbeitslosigkeit erkrankt, erhält auf die Dauer von 36 Tagen 2 Stundenlöhne täglich. Erwerbslose infolge von Arbeitsmangel erhalten täglich 4 Stundenlöhne an Unterstützung. Die Höchstleistung der Unterstützung (42 Tage) kann in jedem Kalenderjahr einmal bezogen werden.

Die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen wird auf täglich 3 Stundenlöhne des Ortslohnes festgesetzt. Verheiratete erhalten für jedes Kind bis zu 5 wöchentlich 1 Gulden extra. Die Unterstützung wird vom vierten Tage an gezahlt. Dauert der Kampf länger, sollen die ersten Tage nachgezahlt werden.

Ein Antrag auf Erhöhung der Sterbeunterstützung, der von Amsterdam gestellt war, wurde abgelehnt. Es bleibt bei der Summe von 50 Gulden, die beim Tode des Mitgliedes oder dessen Ehefrau ausgezahlt werden.

In Bezug auf die Beiträge, die die jugendlichen Mitglieder zu zahlen haben, wurde festgesetzt, daß bis zum vollendeten 16. Jahre 20 Cents, von da bis zum vollendeten 18. Jahre 40 Cents wöchentlich zu zahlen sind. Dann setzt der volle Beitrag ein. Es soll versucht werden, den jungen Leuten auch einen Teil der staatlichen Erwerbslosenunterstützung zuzuwenden. Den Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen mit den Unternehmern erstattete der Sekretär, Kollege de Zeeuw. Wir haben hierüber bereits berichtet. Nach kurzer Aussprache wurde das Vorgehen der Verhandlungskommission gutgeheißen und die Kommission mit der Fortführung der Verhandlung beauftragt. Ein außerordentlicher Verbandstag wird zu dem Endergebnis besonders Stellung nehmen. Allgemein kam zum Ausdruck, daß einer Lohn- oder Akkordtarifreduzierung oder einer Verlängerung der Arbeitszeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden soll.

In einem längeren Referate leitete Kollege Sehra, Amsterdam, die Frage der Einführung von Baudelegierten ein. Er kommt zu dem Schluß, daß es für die Stärkung der Organisation notwendig sei, das Baudelegiertenwesen wenigstens in den großen Städten durchzuführen. Diese Ausführungen wurden von verschiedenen Rednern, unter andern auch vom Kollegen Odenthal, unterstrichen. Der Verbandstag beschloß demgemäß.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurden eine Anzahl Anfragen und Anregungen aus dem Kreise der Delegierten durch den Vorstand beantwortet und dann die Tagung mit der dringlichen Aufforderung, alles zur Stärkung der Organisation zu tun, vom Vorsitzenden geschlossen. Die Ergebnisse der Generalversammlung werden zum weiteren Gedenken des Verbandes wesentlich beitragen. C. O.

Berlin. Den in der Fachgruppenversammlung am 24. April gegebenen Bericht über die Geschäftslage entnehmen wir folgendes: In der Provinz Brandenburg hat die Bautätigkeit fast ganz ausgehört. Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit auch in unserm Bezirk sehr groß. In den Fabriken wird verfrüht gearbeitet. Ihre Räder sollen überfüllt sein. Es ist dringend nötig, daß schnellstens und ausreichend Mittel bereitgestellt werden zur Wiederaufnahme einer verfrühten Wohnungsbautätigkeit. Die Arbeitervertreter in den bestehenden Körperchaften tun in dieser Richtung ihr Möglichstes. Um die Löhne ist im abgelaufenen Vierteljahr normal mit den Unternehmern verhandelt worden. Wie schwierig diese Verhandlungen waren, ergibt sich schon daraus, daß Schlichtungsausschuss und Demobilisationskommission bei der Regelung der Märzlöhne mitwirken mußten. Der Dienstlohn ist vom Beginn des Jahres bis zum April von 375 auf 1900 M gestiegen. Tarifstreitigkeiten erforderten 4 Streikungen mit den Unternehmern; im übrigen konnten solche Streikfälle nach Rücksprache auf den Arbeitsstellen beigelegt werden. Einige Kollegen arbeiten in Afford auf eine unverantwortliche Art und Weise darauf los. Das bereitet bei den Lohnverhandlungen manche Schwierigkeiten, da die Unternehmer uns deren Arbeitsverdienst verallgemeinern entgegenhalten. Dringend nötig ist es, daß unsere Kollegen etwaige Forderungen sofort bei der Lohnzahlung geltend machen, wenn sie sich in ihren tarifvertraglichen Ansprüchen verfrüht glauben. Geht dies nicht, so ergeben sich daraus bei den späteren Verhandlungen sehr oft Unzutraglichkeiten zum Nachteil unserer Kollegen. In Berlin ist die Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit fast hofflos. Es sind nur erst wenige Wohnbauten begonnen worden. Ehe aber die Köpfer darin mit ihrer Arbeit beginnen können, dürfte noch manche Woche verstreichen. Die Kaufmännin Elbe & Ludwig in Steglitz, die transportable Oefen herstellt, beschäftigt dabei Maurer. Es sind gemeinsam mit der Arbeitgeberorganisation Schritte dagegen eingeleitet, daß Maurer Oefenarbeiten ausführen. Ebenso ist dagegen eingegriffen, daß die hiesige Firma Bruck auswärts Arbeiter durch Kleinmeister ausführen läßt, entgegen den mit der Arbeitgeberorganisation getroffenen Vereinbarungen. Zu Anfang des Jahres hatten wir 154 arbeitslose Kollegen. Im Laufe des Vierteljahres sind 356 neu hinzugekommen. 170 offene Stellen sind natürlich sämtlich besetzt worden. Gegenwärtig feiern 340 Kollegen. Anlässlich der von unserer Baugewerkschaft geplanten Baukontrolle wurden 5 Kollegen gewählt, die besonders bei der Kontrolle unserer beruflichen Arbeitsverhältnisse mitwirken sollen. Zu der bevorstehenden Festlegung der Wailöhne wurde verlangt, daß unsere Löhne mit denen der Ruper mindestens gleichgestellt werden. In der nächsten Fachgruppenversammlung wird eine Kommission ernannt, die einen Tätigkeitsbericht geben. Zum Schluß jagt der Bericht sonderbarerweise: einem Antrage der Fachgruppenleitung, der Wochenbeitrag solle immer dem Stundenlohn entsprechen, stimmte die Versammlung, nachdem sich Kollege Kornfeld dagegen gewandt hatte, nicht zu. (Sollte diese Stellungnahme richtig wiedergegeben sein, so muß man schon sagen, daß sie nicht dem Geiste entspricht, den man bei den Berliner Köpfen voraussetzen dürfte, nachdem in dem Wailaufsatz des „Grundstein“ hervorgehoben war, daß sie den Achtstundentag schon im Jahre 1888 errungen haben. Soll der Baugewerksbund leistungs- und kampffähig bleiben, so muß jedes Mitglied, wenn es in Arbeit steht, der Satzung entsprechend, wöchentlich einen Stundenlohn als Beitrag opfern, und zwar einen Stundenlohn, der immer dem jeweiligen Verdienst entspricht. Wir dürfen wohl überzeugt sein, daß die große Mehrheit unserer Kollegen unter den Berliner Köpfen der gleichen Meinung ist. Weiterens könnten Mitglieder oder Mitgliedergruppen es gar nicht verweigern, einen vollen Stundenlohn als regelmäßigen Wochenbeitrag zu zahlen, ohne größtenteils gegen die Bundesstatuten zu verstoßen. Daß sie einem derartigen Antrag nicht zustimmen, wie der Bericht sagt, entbindet sie also nicht von der Pflicht, dem Deutschen Baugewerksbunde wöchentlich einen Stundenlohn zu opfern. Die Schriftleitung.)

Dresden. Die Fachgruppenversammlung vom 14. April war gut besucht. Ein Vortrag des Kollegen Schmann

über die Unterstufungseinrichtungen des Deutschen Baugewerksbundes fand gute Aufnahme; er gab den Kollegen doch die in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit besonders nötige Auffklärung über ihre Rechte. Von Kollegen D r i g wurde die Versammlung eingehend über den Stand der Lohnbewegung unterrichtet. Die „Grundstein“-Berichte über die Lohnbewegung entfallen darüber Näheres. Wegen Verstoßes gegen den Arbeitsnachweis erhielt ein Kollege eine Rüge erteilt. Arbeitslosigkeit darf nur durch den Arbeitsnachweis vermittelt und angenommen werden.

Stiefberg. Die hiesige Firma Göbel hat einen Antrag der Gehilfen abgelehnt, monach die Verdienstgrenze bei Kurzarbeit auf 50- bis 60.000 M festgesetzt werden sollte. Von der ersten Aprilwoche an dürfen bis auf weiteres nur 40- bis 45.000 M wöchentlich verdient werden. Dabei werden die fertiggestellten Waren vom Werkführer als Eilgut aufgegeben. Warenlager ist so gut wie teins vorhanden. Geldumfang kann gleichfalls nicht vorliegen; denn Herr Göbel läßt eine neue Oefenfabrik erbauen, an der schon wiederholt ganze Mauerreihen eingestürzt sind, weil man an verletzten Oefen, an Baustoffen, Sparte, Willkoren von Mack sind dadurch unnütz verpulvert worden. Wenn die Aufträge nachlassen, so erklärt sich das daraus, daß die zu Verbandspreisen abgesetzte Ware etwa zur Hälfte Lehrlingsarbeit war. Bei jeder Lohnserhöhung multipliziert Herr Göbel die Zulagen mit dem zur Herstellung von 500 weißen Kacheln erforderlichen Gehilfenlohn, um den Wochenverdienst der Köpfer herauszurechnen. Denn 500 weiße Kacheln betrachte er als die Mindestleistung eines Köpfers in 48 Stunden. Dabei ist das Arbeitsmaterial immer minderwertiger geworden; die Folge davon ist minderwertige Ware. Wie ein Bäcker aus Meie keine Torten machen kann, so bringt ein Köpfer aus „Beton-

Vom 13. bis zum 19. Mai ist der 18. Beitrag fällig.

mischung“ keine guten Kacheln fertig. Das häufige Wechseln der Hilfsarbeiter trägt dazu bei, daß die Ware in der Weiterbehandlung im Brennhaufe durch unfundierte Hände verstoßen wird. Alle diese, von Herrn Göbel mit einigem guten Willen leicht abzustellenden Mißstände haben dazu beigetragen, daß Familienbater mit einem Hungerwochenlohn von 40- bis 45.000 M nach Hause kommen.

Aber auch sonst verurteilt die Firma manche Schereverien. So bei der Ferienabrechnung. Nach der Vereinbarung muß jeder, der bis zum Stichtag (1. Juli) noch nicht ein Jahr im Betriebe arbeitet, bis zum nächsten Stichtage warten, erhält aber dann entsprechend mehr Ferienanteile. 2 Arbeiter, die seit Oktober 1921 im Betriebe beschäftigt waren und jetzt entlassen sind, hatten danach Anspruch auf 9 Tage Ferien. Herr Göbel berechnete aber 6 Tage Ferien nach dem Lohndurchschnitt der Monate Juli, August, September 1922 und nur die 3 weiteren Tage nach dem Durchschnittsverdienst aus den letzten 3 Monaten vor der Entlassung. Einem zu Ostern freigeordneten Lehrling verweigerte er die Ferienentschädigung überhaupt, weil der Lehrvertrag nichts über Ferien besage. In beiden Fällen ist das Gewerbegericht angerufen. Es handelt sich im Gesamtbetrage um rund 60.000 M. Eine Eingabe der Gehilfenchaft, die Löhne für März um 25 % zu erhöhen, hat Herr Göbel mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Verhältnisse abgelehnt und sich vorbehalten, in nächster Zeit Lohnabzüge eintreten zu lassen. Und das bei dem Stundenlohn von 1080 M als Höchstlohn und, obgleich den Gehilfen bei dessen Festlegung versprochen wurde, daß es dafür im März einen Ausgleich geben werde. Zurzeit sind, in diesem Betriebe bei 14 Gehilfen 13 Lehrlinge beschäftigt. Eine deswegen bei der Gewerksammer eingelegte Beschwerde ist noch unbeantwortet. Bei der Zusammenkunft der Kammer dürfen die Arbeiter kaum auf eine befriedigende Antwort rechnen.

Schlaupe. In einer am 29. April abgehaltenen Versammlung wurde besonders die gegenwärtige Geschäftslage besprochen. Die Arbeitslosigkeit ist unter unsern hiesigen Kollegen immer noch so stark, daß nicht dringend genug vor Ferreise gewarnt werden kann.

prechend sind auch die übrigen Sätze gesteigert worden. Eine andere Erzeugung sehen die Zuschüsse für Ehegatten und Kinder vor; erstere sind um 150 M, letztere um 100 M täglich gestiegen. Dadurch werden die Unterschiede zwischen Verheirateten und Ledigen etwas gemindert. Die täglichen Sätze betragen vom 16. April an:

	An den Erbstoffen			
	A	B	C	D
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	2400	2250	2100	1950
ohne eigenen Haushalt	2100	1950	1800	1650
unter 21 Jahren	1450	1350	1250	1150
Weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	2100	1950	1800	1650
ohne eigenen Haushalt	1750	1650	1550	1450
unter 21 Jahren	1300	1200	1100	1000
Zuschuß für Ehegatten	850	800	750	700
„ „ Kinder und sonstige unterhaltsberechtigte Angehörige	700	650	600	550
Die wöchentliche Unterstufung beträgt demnach für ein Ehepaar	19500	18300	17100	15900
Ehepaar mit 1 Kind	23700	22200	20700	19200
„ „ 2 Kindern	27900	26100	24300	22500

Der Vorstand des DGBB. hatte angehts der Notlage der Erwerbslosen über dieses Maß hinausgehende Unterstufungssätze beantragt. Leider glaubte die Regierung, diesen Sätzen nicht zustimmen zu können.

Briefkasten.

Mehrere Anrufer. Ueber die der Bundeshauptkasse aus den Baugewerkschaften zugehenden Gelder wird seit Ende März nicht mehr im „Grundstein“ quittiert, um kaum für andere, sehr notwendige Veröffentlichungen zu gewinnen. Dagegen erhalten die Bezirksleiter fortlaufend Mitteilung über die aus den Baugewerkschaften ihres Bezirksverbandes im Laufe der Woche bei der Bundeshauptkasse eingegangenen Gelder. Revisionen, die über abgehandelte Gelder Auskunft wünschen, können diese Auskunft jederzeit auf Anfrage vom Bezirksleiter erhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes

Betriebs- und Lohnstatistik Juli 1922. Die im Juli 1922 vorgenommenen Feststellungen über Betriebe, Beschäftigte, Löhne und Arbeitszeiten in den Fachgruppen des Hoch-, Beton- und Tiefbauwerkes sind in einem Buche zusammengestellt. Das Werk wird den Baugewerkschaften dieser Tage für ihre Blätter unentgeltlich zugelandet.

Anforderung. Aus dem Verein Siegen ist der Erbarbeiter Heinrich Saalfelder, geboren am 4. März 1898 zu Walfenhausen, abgereist, ohne mit den ihm anvertrauten Beitragsmarken abzurechnen. Der etwaige Aufenthalt ist dem Kollegen A. Herrmann in Siegen, Gaimstr. 5, mitzuteilen.

Geflohen ist in Remscheid das Mitgliedsbuch Nr. 654 838 des Kollegen Friedr. Schamp, geboren am 17. Oktober 1870 zu Neutirchen, eingetreteten am 22. August 1919 zu Remscheid.

Der Vorzeiger ist der Polizei zu übergeben, weil das Buch durch Einbruch in dessen Besitz kam.

Sterbetafel.

- Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder:
- Nachen. Sebastian Heyoris, Stufat, 71 Jahre alt.
 - Altenstein. (Ortslohn.) K. Manns, Maurer, 38 J. alt. (Sohlenstein.) Reinhold Retzlaff, Hilfsarb., 30 Jahre alt. (Wilschhofen.) Franz Brodurski, Maurer, 57 J. alt.
 - Darfnorf. Friedrich Schir, Maurer, 28 Jahre alt.
 - Ghemmitz. E. Ang. Schmerler, Maurer, 65 Jahre alt.
 - Dangst. Johann Gietz, Hilfsarbeiter, 20 Jahre alt.
 - Dresden. (Sulzbüsch.) H. Weinhild, Hilfsarb., 63 J. alt.
 - Eisenach. Karl Schwanz, Maurer, 24 Jahre alt.
 - Johannes Ritter, Maurer, 39 Jahre alt.
 - Adam Kallenbach, Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt.
 - Essen. Josef Fuchs, Maurer, 23 Jahre alt.
 - Sannover. Karl Pohlmann, Maurer, 49 Jahre alt.
 - Kiel. (Borbesholm.) August Flamm, 61 Jahre alt.
 - Köln. Heinrich Eulenposch, Hilfsarb., 20 Jahre alt.
 - Langenbiefau. Herm. Rademacher, Hilfsarb., 25 J. alt.
 - Lützen. Erich Berndt, 18 Jahre alt.
 - Münberg. Josef Christel, Maurer, 60 Jahre alt.
 - Ochlan. Wilhelm Herrmann, Oefenfehr, 61 Jahre alt.
 - Necklinghausen. (Kloster.) B. Blumenkammer, E. 21 J.
 - Schwern. Friedrich Mecklenburg, Maurer, 70 J. alt.
 - Senftenberg. (Beutauert.) Max Schulz, M., 34 J. alt. (Hoyerswerda.) Adolf Lusch, Hilfsarb., 47 Jahre alt.
 - Siegen. (Altenhunden.) W. Nauheim, Maurer, 48 J. alt.
 - Solkau. Heinrich Jahn, Maurer, 78 Jahre alt.
 - Stuttgart. (Gaisburg.) G. Kudermann, Hilfsarb., 54 J. alt.
 - Tübingen. Hermann Voigt, Maurer, 58 Jahre alt.
 - Torgau. (Dommlisch.) F. Koscheln, Hilfsarb., 49 J. alt.
 - Wilster i. S. Heinrich Griebel, Maurer, 32 Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken!

Vom Bau.

Zum Bauarbeiterchutz im Glaserberuf.

Einem Briefe, den Kollege Schmidt-Osmoisi in Berlin an den „Grundstein“ richtete, entnehmen wir folgende, für unsere Kollegen im Glaserberufe sehr beachtenswerte Zeilen: Den Forderungen für einen besseren Bauarbeiterchutz stimme ich ganz und gar zu. Nur haben die vorhandenen Mißstände ihre Ursachen nicht immer in den ungenügenden Unfallverhütungsvorschriften; denn manchmal werden diese Vorschriften in geradezu leichtsinniger Weise von den Bauhandwerkern und Arbeitern außer acht gelassen. In meiner sechsjährigen Tätigkeit am Bau habe ich kaum ein einziges Mal gesehen, daß Angehörige meiner Berufsgruppe sich groß um die Vorschriften gekümmert hätten. Wie schwierig die Durchsetzung dient ein schwandenes, schmales Brett auf einer notdürftig zusammengeschlagenen Leiter in 20 m Höhe als „Stellage“! Kein Gurt, kein Strick, kein Tau zum Anbinden. Und warum? Weil sich die Kollegen einmal durch die Verabrar, die Arbeit ohne anguleilen fertig zu bekommen, davon abhalten lassen, von den Vorschriften Gebrauch zu machen. Und dann — der Gelbbeutel des Unternehmers.

Es ist üblich, und wenn man will, auch Pflicht des Arbeitnehmers, auch den Vorteil des Arbeitgebers wahrzunehmen; daß dies aber auf Kosten von Leben und Gesundheit der Kollegen geschieht, ist geradezu Dummheit. Von den eingesehnen Arbeitern kann man manchmal hören, wenn „wir“ erst noch Tausen kaufen und sichere Mütungen bauen sollen, wie sollen „wir“ zurechtkommen? O, Guter Meister kommt schon zurecht, liebe Kollegen, er hat normalerweise Haus und Hof durch Guter Hände Arbeit erwor-

ben. Wenn gesagt wird, derartige Schutzrichtungen liefern keine Firma, so liegt das daran, daß niemand den Mut hat, aufzutreten und zu arbeiten, einfach zu verweigern, wenn die Unfallverhütungsvorschriften nicht befolgt werden. Als ich im Oktober vorigen Jahres bei einer Verglasung der Bergmann-Gelbstichtzwerke in Meindendorf darauf hinwies, die Polizei würde das Arbeiten von solcher Nützung verbieten, da entgegneten die Kollegen abschließend: „Wenn Du es nicht machst, machen es andere!“ Ja, andere machen es, das ist leider wahr und schlimm, sehr schlimm. Die Not zwingt den Arbeiter, zu riskieren, ein Krüppel zu werden. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit treibt ihn, bei seiner Berufstätigkeit noch ein unbegabtes Artistenunfug zu machen. — Aber, Kollegen, wer will Euch zwingen, wenn Ihr einzig seid? Bringt den Betrieb zur Anzeige, der nicht nach den Unfallverhütungsvorschriften handeln will. Seid selbst kontrollierbare Mitarbeiter, seid sicher, seid einig im Schutz für Eure Gesundheit und Euer Leben. Ob Eure Kollegen sehen, daß Ihr die Waffen heften könnt, ob Euch einige dumme Jungen bewandern, wenn Ihr auf schmalen Brettern über Abgründe tumelt, seid nicht stolz darauf. Denn es wäre die Krone der Dummheit, auf Dummheit stolz zu sein.

Soziales.

Neue Erwerbslosenliste. Die Regierung hat nunmehr die Unterstufungssätze für Erwerbslose erhöht, rückwirkend vom 1. April. Der Unterstufungssatz für männliche Personen über 21 Jahre in Klasse A, der bisher 1500 M den Tag betrug, ist auf 2400 M gebracht, ent-

Die Baugewerkschaft Osnabrück Geschäftsführer. Bewerber müssen mindestens 10 Jahre dem Deutschen Baugewerksverband angehören, rednerisch und agitatorisch befähigt sowie mit dem Schlichtungs- und Kassieren vertraut sein. Bewerbungen sind in doppelter Ausfertigung, enthaltend den handschriftlich selbstgeschriebenen Lebenslauf, eine Erklärung über die Aufgaben eines Geschäftsführers, über seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und über die Dauer der Verbandszugehörigkeit mit der Lebenschrift: Bewerbung! bis 20. Mai einzulenden an: Fritz Kerling, Osnabrück, Mellerstr. 189 a.